



Gute Zeiten, schlechte Zeiten

Liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendwie ist es immer das Gleiche mit der Politik. Seit nunmehr über 30 Jahren engagiere ich mich in der Gewerkschaft der Polizei. Und immer wieder glaubt man, dass man schon alles erlebt hat mit der Politik und den Politikern. Und dann kommt doch immer noch etwas Neues dazu, das man nicht für möglich gehalten hat, unabhängig von der Farbenlehre der Parteien. So war es auch mit der Einrichtung einer „Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei“.

Welche Gründe kann es geben, dass so eine Stelle außerhalb der Polizei – gegen die Auffassung der Polizei, der Personalvertretungen und der GdP eingerichtet werden muss? Es gibt eigentlich nur zwei denkbare Gründe: 1. Die Polizei hat in den vergangenen Jahrzehnten schlecht gearbeitet, was den Umgang mit eingehenden Beschwerden betrifft oder 2. die Bevölkerung misstraut zu großen Teilen der Polizei in Niedersachsen. Beides trifft nach meiner persönlichen Bewertung und auch laut Umfragen nicht zu. Von den Umfragen zum Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei sollten sich die Politiker, die diese Stelle nunmehr beschlossen haben, lieber einmal die eine oder andere Scheibe abschneiden.

Laut einer aktuellen Statistik (Quelle: © Statista 2014) vertrauen fünf Prozent den Bundespolitikern, vier Prozent den deutschen Spitzenpolitikern und zwölf Prozent ihren Landespolitikern. Wahrscheinlich werden einige Landtagsabgeordnete dies wieder so werten, dass dies gar nicht so schlecht sei und sie ja über 100 Prozent besser bewertet würden als die Bundespolitiker. Ein befreundeter Gewerkschafter und Personalrat, der seit ein paar Jahren in wohlverdienter Rente ist, Willi Pistor, hat denjenigen dann immer Probleme mit der Prozentrechnung attestiert.

Fakt ist jedenfalls, dass bei der durch das LKA Niedersachsen durchgeführten repräsentativen Dunkelfeldstudie im zurückliegenden Jahr über 90 Prozent der Befragten angaben, dass sie der Polizei als Institution und den dort arbeitenden Menschen



Dietmar Schilff

Foto: HH

vertrauen. Ein enormer – allerdings wie ich finde auch berechtigter – Beweis für die kompetente und qualitativ hervorragende Arbeit der Polizeibeschäftigten. Und zwar nicht wegen, sondern trotz der Rahmenbedingungen sowie der immer schwieriger werdenden Aufgabenwahrnehmung.

Es zeichnet die Polizei aber aus, dass sie unabhängig von politischen Sichtweisen und Beschlusslagen ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land macht. Wir in der Polizei arbeiten eben nicht für eine Politik, nicht für eine Gesinnung oder Klientelinteressen (und erst recht nicht für eine Partei), sondern wir stehen für Gerechtigkeit und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit.

Immer wieder wollen einige ideologisch geprägte Politiker die wichtige und gute Arbeit der Polizei allerdings anders sehen. Die dumpfen Phrasen, die dafür angeführt werden, verdienen es nicht, hier aufgeführt zu werden. Aber nicht, dass jetzt wieder jemand sagt: „Wir wussten doch schon immer, dass die GdP nicht bereit ist, sich mit möglichen Unzulänglichkeiten in der Polizei auseinanderzusetzen“. Das Gegenteil ist seit Jahrzehnten der Fall! Gerade die GdP sieht auch im gesellschaftlichen Kontext die Auseinandersetzung mit der Polizei und der ihr durch die Verfassung gegebenen Befugnisse sehr wohl als notwendig an.

Das ist aber alles bereits jetzt transparent und ausreichend.

Die Beschwerdestelle in der Öffentlichkeit als neue Form der Transparenz der Landesregierung darzustellen, obwohl die SPD dies in den zehn Jahren als Opposition vehement abgelehnt hat und sie zudem in den Regierungszeiten von 1990 bis 2003 nie Zweifel an der sachgerechten Aufarbeitung von Beschwerden durch die Polizei gehegt hat, macht schon sehr nachdenklich. Dass es auch anders geht, übrigens ebenfalls mit einer rot-grünen Landesregierung, zeigt das Ergebnis in Rheinland-Pfalz. Die dortige Regierung hat die mit der in Niedersachsen fast wortgleichen Koalitionsvereinbarung interpretiert und nach einer echten Beteiligung von GdP und Personalvertretungen davon abgesehen und stattdessen einen Polizeibeauftragten des Landtages geschaffen. Das nenne ich ideologiefrei.

Gute Zeiten, schlechte Zeiten, was heißt das denn nun?

Gute Zeiten: Zusätzliche 1500 Beförderungen zum 1. Juni 2014, Abschaffung des alten spaltenden A11-Erlasses, Ausgleich der angefallenen Bereitschaftszeiten, Einrichtung einer AG Verwaltung, neues Gesprächsklima.

Schlechte Zeiten: Abkopplung von der Tarifierhöhung um fünf Monate, keine Fortentwicklung bei Beurteilungen, mangelhafte Beteiligung im Vorfeld der Kabinettsentscheidung zur Beschwerdestelle und die Einrichtung dieser Stelle; Kennzeichnungspflicht?

Wir werden sehen und uns natürlich weiter daran beteiligen, wie die Zeiten zukünftig werden sollen, ob Haushalt 2015 und weitere, Technikverbesserung, notwendige Perspektiven für Exekutive, Verwaltung und Tarif und so weiter. Nur eines muss allen in der Politik klar sein, die Drohung mit einer jeweils anderen Regierung zieht nicht, weil unverrückbar steht: Die GdP bleibt fest in der Polizei verankert, weil sie keiner Partei nachrennt und die GdP bleibt auch immer DIE Interessenvertretung, während Regierungen kommen und gehen ... **Dietmar Schilff**



Schichtdienst ist Schwerstarbeit für Körper und Seele!

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe 9/2014 bis zum 25. Juli 2014 und für die Ausgabe 10/2014 bis zum 29. September 2014.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Hinrich Heidemann
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Der Tenor der diesjährigen Tagung vom Fachausschuss der Schutzpolizei ist klar: Schichtdienst ist Knochenarbeit! Lösungen und Ideen müssen her, die den Schichtdienst wieder attraktiver machen, gesundheitliche Belastungen minimieren und sich an den Bedürfnissen aller Mitarbeiter orientieren.

Auf Einladung des Fachausschusses Schutzpolizei kamen am 9. Juli 2014 rund 80 interessierte Kolleginnen und Kollegen im Stadtteilzentrum KroKuS in Hannover zusammen. Während der Veranstaltung konnten sich die GdP-Mitglieder zu den aktuellen Fragen des Schichtdienstes informieren.

Nachdem die Tagung vom Landesvorsitzenden Dietmar Schilff eröffnet wurde, leitete Michael Stieg, Vorsitzender des Fachausschusses Schutzpolizei, durch die Veranstaltung.

Eine besonders lebhaft diskussion schloss sich an den ersten Vortrag von Ariane Finger, Mitarbeiterin im Innenministerium und verantwortlich für den Bereich Audit „beruf und familie“, an. Sie referierte zu der spannenden Frage, wie sich Beruf und Familie mit den Besonderheiten des Schichtdienstes vereinbaren lässt.

Bevor Dr. Dirk Baier vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFNI) die Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ unter

besonderer Berücksichtigung der Belange im Schichtdienst vorstellte, gab Kevin Komolka (Bundes- und Landesvorsitzender der JUNGEN GRUPPE) eine ausführliche Exkursion in die Welt der Zahlen, Prognosen und Folgen von demografischer Entwicklung.

Als letztes trug Martina Bockelmann von der Gesellschaft für Arbeits-, Wirtschafts- und Organisationspsychologie (GAWO) e.V. die wissenschaftliche Sichtweise und Erkenntnisse zum Thema Schichtarbeit vor. Hierbei betonte sie sowohl die gesundheitlichen Belastungen als auch die sozialen Folgen für Polizeibeamte mit langjährigen Wechselschichtenerfahrungen.

In der nächsten Ausgabe der „Deutschen Polizei“ wird ausführlich von der Tagung, den Themen und den gewerkschaftlichen Positionen berichtet. Rückmeldungen und Impulse zu der Veranstaltung sind an die dienstliche E-Mail-Adresse von Michael Stieg zu richten.

Christopher Finck



Die Teilnehmenden der Tagung.

Foto: CF

LESERBRIEF

Zu dem Leitartikel der GdP-Zeitung 7/2014, Landesteil Niedersachsen, erreichte uns folgende E-Mail:

„Die in dem Leitartikel beschriebene Situation ‚eines martialischen Kasenssturms‘ (Übermittlung der Darstellung von einem Braunschweiger Kollegen an die GdP, Die Redaktion) vor dem Fußballspiel Eintracht Braunschweig gegen Hannover 96 am 6. 5.

2014, fand so nicht statt. Im Zuge der Einsatznachbereitung wurde ausführlich dieses Ereignis betrachtet. Dabei wurde klar, dass ein ‚plötzlicher‘ Massenandrang, der durch eine Fehlleitung von Besucherströmen entstanden war, zu einer kurzfristigen (und in der Situation richtigen) Öffnung des Kassenbereichs geführt hat. Dies hat durchaus bedrohlich ge-



LESERBRIEF

wirkt, zumal in diesem Bereich auch der Zugang der Braunschweiger Problemszene ist und die Geräuschkulisse sowie das Verhalten natürlich diesen Eindruck verschärfte. Es sind dadurch keine Personen verletzt wor-

den und das Einbringen der Pyrotechnik ist nach unserem Kenntnisstand auf einem anderen Wege geschehen. Wir haben die Schilderung und Betroffenheit einer Besucherin zum Anlass genommen, in ei-

nem guten, persönlichen Gespräch die Abläufe an diesem Tag zu erklären."

**Roger Fladung, Polizeivizepräsident und Gesamteinsatzleiter
Polizeidirektion Braunschweig**

BESCHWERDESTELLE

Beschwerdestelle für die Polizei ist und bleibt unnötig!

Das Kabinett hat Ende Juni 2014 die Einrichtung einer Stabsstelle „Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei“ beschlossen. Als ein Grund wurde angeführt, dass die Polizei in der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags Aufgaben zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in hohem Maße auf das Vertrauen und die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen sei. Die GdP Niedersachsen hat die Einrichtung einer solchen Beschwerdestelle wie bereits in der Vergangenheit wegen fehlender Notwendigkeit entschieden abgelehnt.

„Wir wenden uns nicht gegen ein modernes Ideen- und Qualitätssicherungsmanagement, von dem sicherlich die gesamte Landesverwaltung profitieren würde. Die Argumentation, warum dies unbedingt im Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Polizei notwendig ist, werten die Polizeibeschäftigten als massives Misstrauen in ihre Arbeit“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff: „Die Argumentationslinie hat außerdem keine Basis, da die im Jahr 2013 durchgeführte repräsentative Dunkelfeldstudie des LKA Niedersachsen bestätigt hat, dass weit über 90 Prozent der Befragten der Polizei als einer rechtsstaatlichen Institution vertrauen. Es zeigt, dass das bei den Behörden angegliederte Beschwerdemanagement gut funktioniert und sich die Bürgerinnen und Bürger auch in der Aufarbeitung von Situationen, mit denen sie unzufrieden waren, gut aufgehoben fühlen.“ Für die GdP ist die Einrichtung der Beschwerdestelle lediglich Ausdruck einer ideologischen Politik und nicht von Notwendigkeiten getragen, was auch gegenüber dem Innenminister und den Medien

nochmals zum Ausdruck gebracht wurde.

In Interviews beispielsweise mit dem NDR-Fernsehen und der Nordwest-Zeitung (NWZ) begründete Schilff die Ablehnung seitens der GdP unter anderem damit, dass es überhaupt keinen Anhaltspunkt für die Annahme gäbe, die Beschwerden seien in den vergangenen Jahren nicht ordnungsgemäß abgearbeitet worden. „Wir wollen, dass Beschwerden auch künftig aufgearbeitet werden, dafür benötigen wir aber keine externe Stelle, die nur Geld kostet“, betonte er. Im derzeitigen Verfahren würden die Beschwerden grundsätzlich von den Dienststellen bearbeitet. Schilff wertet es als positiv, dass man die Fälle dabei niederschwellig regeln könne. Nicht jede Beschwerde sei so schwerwiegend, dass gleich ein großes Verfahren durchgeführt werden müsse. Zudem bestehe schon jetzt die Möglichkeit, den normalen Beschwerdeweg über das Innenministerium, Petitionen oder Gerichte zu beschreiten. Schilffs Fazit im NWZ-Interview: „Wir finden es daher völlig überflüssig, wenn eine kleine Klientel innerhalb der Grünen für die Einrichtung einer Beschwerdestelle sorgt. Ich hätte mir stattdessen einen Polizeibeauftragten des Landtags wie in Rheinland-Pfalz gewünscht. Dort hat eine ebenfalls rot-grüne Landesregierung die Argumente der GdP und der Personalvertretungen trotz gleicher Koalitionsvereinbarung wirklich angehört und umgesteuert.“

Zuvor hatte die GdP Niedersachsen sämtliche Argumente gegen den Beschluss und die Ausgestaltung in Niedersachsen bereits in einer umfangreichen Stellungnahme gegenüber dem Innenministerium verdeutlicht, die hier nur in kurzen

Ausschnitten wiedergegeben werden soll:

„... Seit der Ankündigung einer Beschwerdestelle im Koalitionsvertrag hat sich die GdP Niedersachsen intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt“, schrieb Schilff an Innenminister Boris Pistorius: „Im Rahmen unserer Führungskräfte tagung im September letzten Jahres haben wir uns durch die dortige Leiterin über die Beschwerdestelle in Sachsen-Anhalt informieren lassen und den Bedarf für eine solche in Niedersachsen mit den Teilnehmern diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass es keine Notwendigkeit gibt, da bereits im Rahmen der Führungsverantwortung darauf hingewirkt wird, dass sich das Ziel, eine Bürgerpolizei zu sein, fest in jedem Kollegen und jeder Kollegin verankert hat. So werden auch niedrigschwellige Unmutsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen, bearbeitet und konsequent geklärt. Einer weiteren Ebene, deren dienst- und disziplinarrechtliche Einordnung völlig unklar ist, bedarf es nach unserer Auffassung daher nicht.“

Besonders bedauerlich ist zudem, dass sich der Bezug auf ein modernes Ideen- und Qualitätssicherungsmanagement nicht im Namen der Stabsstelle wiederfinde und nur die Polizei – trotz einer Geltung für den gesamten Geschäftsbereich des Innenministeriums – gesondert benannt sei“, betonte der GdP-Landesvorsitzende.

Die GdP Niedersachsen wird dieses Thema auch in den nächsten Jahren nicht zu den Akten legen und fortlaufend daran erinnern. Darüber hinaus wird sie sehr genau darauf achten, welche rein ideologisch geprägten Maßnahmen gegen die Polizei noch umgesetzt werden sollen.

CH



„Mit uns gemeinsam ans Ziel“-Aktion zum 15. Behördenmarathon in Hannover

Im vierten Jahr dabei und inzwischen zur Tradition gehört für die JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen die Unterstützung des Behördenmarathons am Maschsee in Hannover. Wie in den vergangenen Jahren freuten sich auch im Jahr 2014 die Teilnehmer und der Veranstalter über die Präsenz der Gewerkschaft der Polizei.

Getreu dem Motto „Mit uns gemeinsam ans Ziel“ wurden die Läuferinnen und Läufer kurz vor dem Ziel noch einmal angefeuert und für den Schlussspurt motiviert. Gleichzeitig konnte die Kampagne „AUCH MENSCH“ der JUNGEN GRUPPE erneut in den Fokus der Besucher des Behördenmarathons gerückt werden. Als besonders wertschätzend wurden die Besuche und Gespräche mit dem niedersächsischen Landtagsvizepräsidenten Klaus-Peter Bachmann und dem parlamentarischen Geschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen, Helge Limburg, empfunden. „Es ist immer wieder schön zu sehen, dass politisch Verantwortliche gezielt das Gespräch zur Gewerkschaft der Polizei suchen, um die Stimmungslage der niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen“, so Maika Zosel, stellvertretende Vorsitzen-



V. l. n. r.: Andreas V., Peggy Müller, Helge Limburg, Kevin Komolka, Maika Zosel, Kai-Marek Hintenberg

Foto: Markus Kahlmeyer

de der JUNGEN GRUPPE Niedersachsen.

Bachmann und Limburg nutzten darüber hinaus die Möglichkeit, dem neu gewählten Bundesjugendvorsitzenden der GdP, Kevin Komolka, zu seiner Wahl zu gratulie-

ren und ihm die besten Wünsche für die Amtszeit auszudrücken. Man freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei und deren Jugendorganisation.

Maika Zosel

MEDIEN

Nachwuchs mit GdP vertraut gemacht

Wie verschafft die GdP ihren Forderungen auf politischer Ebene Gehör? Derartige Fragen beantwortete der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff jungen Journalistinnen und Journalisten während eines Seminars Mitte Juni in Goslar.

Das Münchner „Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses e.V.“ (ifp) schulte rund 80 Volontäre aus ganz Deutschland ein Wochenende lang im Harz speziell zu Interviewtechniken und integrierte dies in die thematische Auseinandersetzung mit den Bereichen Datenschutz, Privatsphäre und Polizeiarbeit. Zusätzlich zu diversen Datenschützern stellten sich

am Samstag, 14. Juni 2014, neben Dietmar Schilff auch Volker Warncke (Leiter ZKD der PD Göttingen) und Uwe Kolmey (Präsident des LKA Niedersachsen) zur Verfügung, um dem journalistischen Nachwuchs die Positionen und Notwendigkeiten sowohl aus polizeilicher als auch aus gewerkschaftlicher Sicht darzustellen.

„Für uns war es wichtig, die jungen Medienvertreter schon früh in ihrem Berufsleben mit der GdP als größter Interessenvertretung der Polizei vertraut zu machen, damit sie später wissen, an wen sie sich bei ihren Recherchen wenden können“, sagte der GdP-Landesvorsitzende,

der als stellvertretender Bundesvorsitzender darüber hinaus die Positionen der GdP Bund verdeutlichen konnte. „Es war eine Veranstaltung, die den Blick über den Tellerrand fördert, was gewinnbringend für alle Seiten ist und das Verständnis für unterschiedliche Positionen stärkt. Diese Form der Diskussion sollte weitergeführt werden“, sagte Schilff abschließend.

Die GdP Niedersachsen hat überdies schon vor mehreren Monaten entschieden, eine Fachtagung „**Polizei und Presse**“ durchzuführen. Diese findet am Samstag, 11. Oktober 2014, in Hannover statt.

CH



BESOLDUNG

EuGH zur Altersdiskriminierung

Anzeige

Der EuGH hat die Altersdiskriminierung der Besoldung bejaht, aber die Klärung des Haftungsanspruchs den nationalen Gerichten überantwortet.

Für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten hat dies folgende Auswirkungen:

- das in Niedersachsen angewandte Besoldungssystem ist altersdiskriminierend,

- damit ist der Landesgesetzgeber aufgefordert, eine europarechtskonforme Regelung zu schaffen,

- die Frage der Überleitung ist für Niedersachsen derzeit nicht relevant, muss nur bei der Gestaltung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes berücksichtigt werden,

- es besteht kein Anspruch auf Zahlung der Differenz zur höchsten Stufe der jeweiligen Besoldungsgruppe,

- ob es einen Haftungsanspruch gibt, müssen die Verwaltungsgerichte bis zum Bundesverwaltungsgericht

klären, sodass mit einer Entscheidung erst in den nächsten Jahren zu rechnen ist,

- alle Beamtinnen und Beamten, die sich nicht in der Endstufe befinden, sollten weiterhin zur Wahrung ihrer Rechte für jedes Haushaltsjahr einen Zahlungsanspruch geltend machen,

- das Finanzministerium hat zugesagt, alle Verfahren bis zu einer abschließenden Entscheidung ruhend zu stellen.

Zur Geltendmachung Eurer Ansprüche haben wir ein Musterschreiben entworfen, das wir Euch zum Download zur Verfügung stellen möchten.

Red.



Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de

Anzeige



Hotel Valamar Argosy****

Auf der malerischen, ruhigen Halbinsel Babin Kuk empfängt Sie das 2013 frisch renovierte und zum 4-Sterne-Hotel aufgewertete Valamar Argosy Hotel. Neben den geräumigen, modern ausgestatteten Zimmern, die meist über einen Balkon oder eine Terrasse verfügen, besitzt das Hotel einen brandneuen, stufenlosen Pool, zwei Restaurantterrassen mit toller Sicht auf's Meer und einen exklusiven SPA-Bereich mit Saunalandschaft und Erholungs- / Behandlungsräumen.

Preise Pauschalreise (Flug, Hotel, Halbpension)

Abflug von	Hamburg	
Zimmerbelegung mit	2 Personen	1 Person
Preis pro Person	777,- €	957,- €
Ausflugspaket (fakultativ) 3 Ausflüge Stadtbesichtigung Dubrovnik / Montenegro / Konavle-Tal - ab 25 zahlenden Personen -		89,- €
Ausflug zur Insel Korcula - ab 20 zahlenden Personen -		60,- €
Ausflug Mostar - ab 20 zahlenden Personen -		40,- €

Leistungen

- ☐ Zug zum Flug (2. Klasse)
- ☐ Flüge von Hamburg mit Lufthansa via Frankfurt oder Austrian Airlines via Wien bis/ab Dubrovnik in der Economy-Class
- ☐ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- ☐ Flughafentransfers inkl. deutsch sprechender Reiseleitung im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- ☐ 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- ☐ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen im Hotel
- ☐ Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- ☐ Ausgewählte Reiseliteratur

Leistungen des fakultativen Ausflugspaketes:

- ☐ Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- ☐ Umfangreiches Besichtigungsprogramm lt. Reiseverlauf
- ☐ Stadtrundgang durch das malerische Dubrovnik
- ☐ Tagesfahrt nach Montenegro
- ☐ Ausflug in das Konavle-Tal, den „Garten Dubrovniks“
- ☐ Alle Eintrittsgelder lt. Reiseverlauf
- ☐ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung

Hinweis Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der aktuellen Gebeco-Länderkataloge. Diese finden Sie auf der Internetseite www.gebeco.de. **Veranstalter:** Gebeco GmbH & Co. KG. **Mindestteilnehmerzahl Grundprogramm:** 25 Personen.



GdP-Mitgliederservice GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover
Telefon 05 11 / 5 30 38 10
Telefax 05 11 / 5 30 38 50
service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.



Termin beim Sozial-Staatssekretär

Mitglieder des Geschäftsführenden Landesseniorenvorstandes der GdP Niedersachsen haben am 7. Juli 2014 Beschlüsse der Landesseniorenkonferenz mit Staatssekretär Jörg Röhmann im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung diskutiert und Möglichkeiten der Unterstützung ausgelotet.

Unter Begleitung des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff – der den Kontakt zum Staatssekretär vermittelt hatte – stellten der Seniorenvorsitzende Erwin Jark, sein Stellvertreter Rudolf Refinger, Manfred Forreiter (Schriftführer) und Horst Maurischat (Stellvertretender Schriftführer) die Forderungen und Anregungen der niedersächsischen GdP-Senioren aus dem vergangenen Jahr vor, die einen gesellschaftlich-sozialen Bezug aufwiesen.

Jark und seinen Kollegen ging es beim über einstündigen Gespräch im Sozialministerium unter anderem um Themen, die in die Länderhoheit fallen: menschenwürdige Pflege, Seniorenmitwirkungsrecht und bezahlbarer Wohnraum. Bei dem letztgenannten Punkt berichtete der Staatssekretär über seine Vorstellungen zur Ausgestaltung einer Mietpreisbremse. Auch sei es Ziel des Ministeriums, die Schwierigkeiten bei der Gründung von alternativen Wohnformen für Ältere („Alten-WGs“) auszuräumen. Im Bereich der Pflege habe



V. l. n. r.: Dietmar Schilff, Jörg Röhmann, Erwin Jark, Rudolf Refinger und Manfred Forreiter Foto: CH

Niedersachsen bereits eine Heimgesetznovelle und die Abschaffung der Schulgeldpflicht in der Altenpflegeausbildung beschlossen. Auch bei der Stärkung der Seniorenrechte sagte Röhmann seine Mithilfe zu.

Wo die Beschlüsse der GdP-Senioren nicht in die Zuständigkeit seines Ministeriums oder des Landes fallen, kündigte er an, die Themen an die entsprechenden Stellen weiterzutragen: Verschlechterungen der Beihilfeverordnung, Auseinanderdriften bei Besoldung und Versorgung durch die Föderalismusreform sowie die oft nicht mehr stattfindenden Nachrufe für verstorbene Landesbeschäftigte. Letzteres will Röh-

mann in der Runde der Staatssekretäre Niedersachsens erörtern. Im Bereich der Daseinsvorsorge verurteilte er außerdem die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche und betonte, dass der Staat Verantwortung tragen müsse.

Dietmar Schilff und seine Kollegen stimmten ihm zu und bedankten sich für den Termin sowie die Unterstützung der niedersächsischen GdP-Seniorenarbeit. Darüber hinaus wies Schilff auf das bereits 2011 erstellte GdP-Papier zur Sicherheit in Städten und Gemeinden hin, welches Senioren stark betreffe und das von der GdP mit Blick auf die nächste Kommunalwahl 2016 weiter thematisiert werde.

CH

AUSBILDUNG

Gespräch zwischen Dietmar Schilff und dem Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

Wie geht es weiter mit der Nachwuchsausbildung? Kann die hohe Anzahl notwendiger Einstellungen in den nächsten Jahren durch die Polizeiakademie (PA) organisiert werden? Wie sehen die Perspektiven für Lehrpersonal an der Polizeiakademie Niedersachsen aus? Bekommt die PA zukünftig ausreichend Traineeinnen und Trainer? Wie sieht die Unterbringungs- und Liegenschaftssituation an den PA-Standorten aus? Sind genügend Haushaltsmittel für die Aus- und Fortbildung vorhanden? Wie wird das Thema Mitbestimmung/Interessenvertretung im Studium thematisiert?

Diese und andere Themen wurden zwischen dem Direktor der PA, Johannes-Jürgen Kaul, und Dietmar Schilff Ende Juni 2014 in einem sehr konstruktiven Austausch diskutiert, wie der GdP-Landesvorsitzende berichtete. Ein wichtiger Punkt war zudem das durch die PA begleitete EU-Projekt „ComPHEE – Commonality in Police Higher Education in Europe“. Dieses gemeinsame europäische polizeiliche Lernprojekt wurde am 17. Juni auf einer Abschlussveranstaltung in Hannover präsentiert. Der Landesvorsitzende war dabei und sagte die Unterstützung der GdP auf europäischer und nationaler Ebene zu, dieses Projekt auch zu-

künftig als förderungswürdig geltend zu machen.

Direktor Kaul, der den Aufbau der PA in Planung und Durchführung federführend geleitet hatte, wird Ende November dieses Jahres in den Ruhestand gehen und dann mit der erneuten Akkreditierung des Bachelorstudiengangs ein bestelltes Haus an die Nachfolge übergeben. Er sagte zu, die von der GdP geforderte intensivere, studienbegleitende Lehrereinheit zum Thema Mitbestimmung/Interessenvertretung, wohlwollend prüfen zu lassen. Zum Ende des Gesprächs kam man überein, zukünftig weiter im Gespräch zu bleiben.

DS/Red.



GdP mit CDU-Innenpolitikern im Gespräch

Am Rande der Landtagssitzung am 26. Juni 2014 trafen sich der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff und sein Stellvertreter Jörg Mildahn erneut mit den Innenpolitikerinnen und -politikern der CDU-Landtagsfraktion.

In dem rund einstündigen Austausch mit Angelika Jahns, Horst Schiesgeries, Rudolf Götz, Jan Ahlers und Thomas Adasch war die durch die Landesregierung am 24. Juni beschlossene Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei ein zentrales Thema. Die Anwesenden waren sich einig, dass eine solche Stelle völlig unnötig ist, weil das Vertrauen in die polizeiliche Arbeit und die dort arbeitenden Menschen in der Bevölkerung unverändert hoch sei. „Von diesen positiven Werten können diejenigen, die so etwas beschließen, nur träumen. Sie sollten sich davon besser die eine oder andere Scheibe abschneiden, als durch die unsinnige Einrichtung einer solchen Stelle für ein fatales Signal in die Organisation der Polizei zu sorgen. „Nach außen wird der Anschein vermittelt, als ob bei der bisherigen Aufarbeitung von



V. l. n. r.: Jan Ahlers, Rudolf Götz, Angelika Jahns, Jörg Mildahn, Thomas Adasch, Dietmar Schilff und Horst Schiesgeries.

Foto: CDU-Landtagsfraktion

Beschwerden durch die Polizei nicht ordentlich gearbeitet wurde“, sagte Dietmar Schilff. Dass es bei rot-grünen Landesregierungen auch anders geht, machte der GdP-Landesvorsitzende anhand des aktuellen Beschlusses in Rheinland-Pfalz deutlich. Dort war ebenfalls eine Beschwerdestelle geplant, allerdings wurden die Argumente der GdP wirklich gehört. Schließlich ließ die Landesregierung von der Planung ab und richtete nach GdP-Vorschlag stattdessen einen Polizeibeauftragten des Landtages ein. „Eine ausgesprochen positive Vorgehensweise“, betonte Schilff.

Des Weiteren ging es bei dem Gespräch um den bevorstehenden Haushalt 2015. Die beiden GdP-Vertreter machten deutlich, dass die zusätzlichen 1500 Beförderungen zum 1. Juni 2014 eine sehr wichtige und äußerst begrüßenswerte Maßnahme gewesen seien. Dies reiche jedoch nicht aus, um das vordringlichste Problem – die Wartezeiten von A 9 nach A 10 – nur annähernd zu lösen. Es müsse daher ein vorgezogenes „Sonderprogramm A 10“ geben. Dies sei im Hinblick auf die anstehenden hohen Pensionierungszahlen ab 2017 auch möglich. „Die unverhältnismäßig langen Wartezeiten sind frustrierend und hätten auch schon von der Vorgängerregierung angegangen werden müssen“, sagte Jörg Mildahn. Dies ändere jedoch nichts an der Tatsache, dass jetzt dringend etwas passieren müsse. Die CDU-Landtagsabgeordneten sagten hier ebenso ihre Unterstützung zu, wie bei der GdP-Forderung nach Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge. Diesbezüglich hatte die CDU-Fraktion bereits einen Vorstoß gemacht (GdP-Info Nr. 10/2014). Abschließend wurde vereinbart, die Gesprächsreihe fortzusetzen.

DS/Red.

Anzeige



Urlaub 2014/15



Die Winterkataloge sind da!

Buchen Sie oder Ihre Angehörigen Ihren Winterurlaub in unserem Reisebüro mit

5 % Ermäßigung!

Eine kleine Auswahl einiger unserer Reisepartner...



GdP-Touristik

Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover

Tel. 0511/530380

Fax 0511/5303850

E-Mail: service@gdp-service.de

Internet: www.gdp-service.de



MITGLIEDERWERBUNG

Als Titelverteidiger nach Berlin

Die GdP-Kreisgruppe Technik der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) hatte im Rahmen der zurückliegenden Mitgliederwerbeaktion als ersten Preis einen Tagesausflug nach Berlin gewonnen. Am 1. Juli 2014 traten zehn Neumitglieder und Werber des „Titelverteidigers“ die Bahnreise in die Bundeshauptstadt an.

Als Organisator führte der Landesvorsitzende Dietmar Schilff die Gruppe der ZPD Technik vor Ort vom Denkmal für die ermordeten Juden Europas zur Vertretung des Landes Niedersachsen und schließlich zum Deutschen Bundsrat. Während der Führung durch das sogenannte Stelenfeld des Künstlers Peter Eisenman und die darunter gelegene Informationsstätte erfuhren die Teilnehmenden vom Gästebetreuer, dass die Initiatoren den Begriff „Holocaust-Mahnmal“ selber nicht verwenden. Vielmehr solle das Denkmal für die ermordeten Juden Europas auch tatsächlich als solches bezeichnet werden, um einerseits die Ermordung in Erinnerung zu rufen und andererseits zum Denken anzuregen. In der ebenfalls inmitten Berlins gelegenen niedersächsischen Vertretung begrüßte der Bevollmächtigte des Landes, Staatssekretär Michael Rüter, die Gruppe und stand ihr beim Mittagessen umfangreich Rede und Antwort. Die GdP-Kolleginnen und -Kollegen gaben dem Vertreter der Landesregierung einige Anregungen aus

dem Bereich der Polizei sowie allgemein zu aktuellen politischen Themenfeldern mit. Als weiteren Gesprächspartner hatte Dietmar Schilff den GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow eingeladen. Dieser berichtete den Niedersachsen bereitwillig über seine Tätigkeit an der Spitze der Gewerkschaft und im Kontext des DGB, bezog überdies Stellung zur Entwicklung im Bereich der Über-

kammer stellten sich im Vergleich zum Deutschen Bundestag als erheblich kleiner dimensioniert dar. Dennoch genossen die GdP-Mitglieder die individuelle Bundesratsführung und die übrigen Programmpunkte in der Hauptstadt. „Ich bedanke mich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, die einhellig von diesem Ausflug nach Berlin begeistert waren. Es war ein wun-



Die Teilnehmer der Berlinfahrt in der Niedersächsischen Landesvertretung. Foto: Bernd Pahl

tragung von Tarifergebnissen auf den Beamtenbereich. Anschließend nahm die Gruppe an einer Besichtigung des Deutschen Bundesrates teil. Über die Länderkammer informieren sich rund 70 000 Menschen jährlich in derartigen Führungen, wie der Mitarbeiter des Bundesrates erläuterte. Als Relation führte er das Reichstagsgebäude an, das diese Zahl bereits pro Monat erreiche. Auch die Räumlichkeiten der Länder-

derschöner Tag“, sagte der GdP-Kreisgruppenvorsitzende Peter Tiffert nach Rückkehr der Teilnehmenden und kündigte an, dass die KG ZPD Technik bei der nächsten Mitgliederwerbeaktion den Titel erneut verteidigen wolle. Mit einem Schreiben an Ministerpräsident Stephan Weil bedankte sich Dietmar Schilff anschließend für die hervorragende Betreuung durch die Landesvertretung in Berlin. **CH**

KG OSTERODE

Wandertag der Kreisgruppe Osterode



Unter reger Beteiligung der Senioren wurde die Wanderung „zum Hausberg“ in Bad Lauterberg bei schönstem Wetter ein geselliger Nachmittag. Die Beteiligten freuen sich schon jetzt auf die nächste Aktivität am 13. 9. 2014, das Räucherfest in Scharzfeld. Foto: GdP

NACHRUFE

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Bornemann,		
Hans-Wolfgang	9. 10. 1920	Krs.-Gr. Braunschweig
Eismann, Lieselotte	22. 8. 1921	Krs.-Gr. Osnabrück
Endelmann, Wilhelm	5. 7. 1924	Krs.-Gr. Aurich
Gebbeken, Franz	3. 6. 1944	Krs.-Gr. Hannover Stadt
Große, Gerda	1. 11. 1919	Krs.-Gr. Celle
Jäger, Günter	17. 2. 1937	Krs.-Gr. Helmstedt
Kolde, Harm	23. 10. 1935	Krs.-Gr. Bentheim
Miemczyk, Jens	7. 7. 1994	Krs.-Gr. PA Hann. Münden
Raske, Günter	11. 3. 1928	Krs.-Gr. Hannover Stadt
Seidel, Anton	13. 5. 1934	Krs.-Gr. Emsland
Welkener, Jochen	17. 11. 1956	Krs.-Gr. Northeim
Wiegmann, Reiner	2. 10. 1946	Krs.-Gr. Gifhorn
Wollschläger, Roland	5. 3. 1965	Krs.-Gr. Bepo Braunschweig

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

